

Am Gewerbepark scheiden sich die Geister



Am Haltepunkt Mering-St. Afra soll der Gewerbepark Mering West entstehen. An der Frage, ob dort ein Großinvestor oder mehrere kleinere und mittelständische Betriebe angesiedelt werden sollen, scheiden sich die Geister.

Seit mehr als 20 Jahren ist der Gewerbepark West am Haltepunkt St. Afra im Flächennutzungsplan vorgesehen. Die CSU Mering will dort seit langem ein neues Gewerbegebiet schaffen, um die Gewerbesteuererinnahmen zu steigern und Arbeitsplätze zu schaffen. Als das Gremium im Frühjahr 2017 grünes Licht für einen Gewerbepark gab, war an eine kleinteilige Erschließung für mittelständische Betriebe gedacht. Diese wurde im Rahmen des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK) vom Marktgemeinderat einstimmig beschlossen, obwohl das über das eigentliche Sanierungsgebiet hinausgeht. Mering hat ja in den letzten Jahren mangels Angebot viele Betriebe in die benachbarten Kommunen ziehen lassen müssen.

Bürgermeister Kandler informierte den Marktgemeinderat erst im August 2017, dass sich ein Großinvestor für den Meringer Gewerbepark interessiert. Nicht jedoch darüber, dass es sich um Honold Logistik handelt, der als Dienstleister für den Roboterhersteller KUKA agieren wollte. Der Marktgemeinderat stimmte einem Bauleitverfahren letztendlich zu, weil Honold die Kosten für seinen Planungsbereich auf eigenes Risiko übernahm. Es lag nämlich weder eine Zusage der Gemeinde noch von KUKA vor.

Im Laufe des Verfahrens entstand immer mehr Unmut darüber, dass wichtige Informationen wie die Kalkulation über die genauen Einnahmen und Ausgaben dieses Projekts oder die geplante Art der Nutzung inklusive der dahinter stehenden Firmen unbekannt blieben. Erst im Dezember sickerten erste Details durch, so dass sich Bürgermeister Kandler genötigt sah, für etwas mehr Transparenz zu sorgen. Honold agierte so, als hätte er den Zuschlag von KUKA bereits sicher.

Kein reiner Logistikbetrieb

Besonders wichtig war es der CSU, im Rahmen eines Bebauungsplans Einschränkungen festzulegen, so dass kein reiner Logistikbetrieb entstehen kann (Beschränkung der LKW-Fahrten) und auch Montagearbeiten (fünfzigprozentiger Anteil) gewährleistet sind. In Verhandlungen zwischen CSU-Ortsvorsitzendem Florian A. Mayer und Heiner-Matthias Honold gelang es, alle diese Forderungen durchzusetzen. Außerdem wurde der geplante Industriepark auf einen Gewerbepark herabgestuft. Ein reiner Logistikbetrieb passt nicht zu Mering, schon um nicht selbst beste Argumente für einen autobahnähnlichen Ausbau einer Ortsumfahrung im Rahmen der Osttangente zu schaffen. Gegen den hatte sich die Gemeinde auf Drängen der CSU nämlich ebenfalls ausgesprochen.

Besondere Probleme bereitete den Fachleuten allerdings weiterhin der Artenschutz. Aufgrund des engen Zeitplans der Investoren wurde bereits mit archäologischen Grabungen begonnen, weshalb der Kibitz-Bestand nicht mehr überprüft werden konnte. Deshalb wurden »pro forma« Ausgleichsflächen in einem bestimmten Suchkorridor notwendig. Da Bürgermeister Kandler die Debatte öffentlich führte, stieg der Preis für diese landwirtschaftlichen Flächen auf bis zu 30 Euro pro Quadratmeter. Mit der beabsichtigten Gleichbehandlung aller Grundstückseigentümer hat dies nichts mehr zu tun. Daher sank auch die Zustimmung zu diesem Vorgehen im Marktgemeinderat.

Im Frühjahr 2018 sagte KUKA dann sowohl Honold als auch dem Standort Mering ab.

Nun stellt sich erneut die Frage, ob man wieder zu einer kleinteiligen Planung zurückkehrt oder weiter auf einen Großinvestor setzt. Eine weitere Hängepartie darf Mering nicht zulassen. Sicherlich hätte man mit einem Großinvestor einen guten, aber einmaligen Überschuss in die Gemeindegassen spülen können. Allerdings opfert man dafür Merings wertvollste und letzte Gewerbefläche, schafft wieder kaum Raum für ortsansässige Betriebe und geht ein nicht unerhebliches »Klumpenrisiko« ein.

Nachfolgelösungen für kleine Gewerbeflächen zu finden ist einfacher als für einen Großbetrieb. Das zeigen die Beispiele Ludwig Leuchten oder Trevira (Bobingen). Auch bei den Gewerbesteuererinnahmen schafft die Abhängigkeit von einem Großbetrieb vor allem Unsicherheit. Anstatt also nur auf die nächsten Wahlen zu schauen, wäre es wichtig, die Risiken auch für die nachfolgenden Generationen in die Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Leider wird in der Politik aber oft der kurzfristige Erfolg dem nachhaltigen untergeordnet.

Gerade deshalb könnte ein neutraler Projektentwickler mit einem frischen Blick von außen jetzt helfen, die richtigen Weichen zu stellen.

Endlich: Die Gelbe Tonne kommt!



Die Gelbe Tonne für Leichtverpackungen soll ab 2019 das bestehende Holsystem im Landkreis Aichach-Friedberg ergänzen. Die blaue Tonne für Altpapier, die graue Tonne für unseren Restmüll und die braune Tonne für den Biomüll gibt es bereits seit vielen Jahren.

Wer kennt das nicht: Recycling-Müll sortieren in vielen verschiedenen Abfallbehältern, alle paar Wochen das Auto damit beladen und dann in der endlosen Auto-Karawane durch die Hermann-Löns-Straße zum Wertstoffhof fahren und dort den Recycling-Müll akkurat entsorgen. Obwohl man weiß, dass vieles wieder zusammengeworfen wird und in der Müllverbrennung landet. Damit wird ab nächstem Jahr Schluss sein: Der Kreistag hat am 7. Februar eine Grundsatzentscheidung zu Gunsten der Gelben Tonne gefällt.

Wie kam das? Angefangen hatte das Thema mit einem Bürgerentscheid zum Gelben Sack im Rahmen der Bundestagswahl im September 2005, bei dem das Holsystem Gelber Sack möglicherweise wegen vermuteter Kostensteigerung abgelehnt wurde. Dieser Bürgerentscheid führte dazu, dass das Thema neun Jahre lang Bestand hatte, da die Kreistagspolitiker nicht gegen »Volkes Meinung« handeln wollten.

Das damalige Anliegen der Jungen Union (JU) wurde erst 2014 durch den neuen Landrat Dr. Klaus Metzger aufgrund des geplanten Wertstoffgesetzes zur Einführung der Wertstofftonne erneut zur Sprache gebracht. Ein Grund gegen das aktuelle Bringsystem bei uns ist u. a. die schlechtere Erfassungsquote im Vergleich zu Landkreisen mit Holsystem.

Nachdem das Gesetz scheiterte, schief die Sache wieder ein. Von den jungen CSUern wurde über die Gelbe Tonne aber weiter diskutiert und hart dafür gekämpft. So kam das Thema 2017 wieder auf die Agenda, da die Verträge u. a. zur Verpackungsabholung von den Wertstoffhöfen jeweils drei Jahre laufen. Man vermutete einen Meinungswechsel in der Bevölkerung und beschloss, eine telefonische und repräsentative Bürgerbefragung von 1.000 Bürgern von einem unabhängigen Institut durchführen zu lassen, um eine Entscheidungsgrundlage zu erhalten. Ein neuerlicher Bürgerentscheid hätte rechtzeitig vor Ende der aktuellen Vertragslaufzeit mit den Dualen System nicht mehr durchgeführt werden können.

Das Ergebnis der Befragung (auf Basis der 1.000 aktiv telefonisch Befragten) war dann sehr eindeutig: 75% stimmten der Gelben Tonne zu (54% davon mit »voll«, 21 mit »eher ja«), 11% waren neutral, und 14% votierten mit »eher nein« bzw. »nein«. Von den Ablehnenden (»neutral«/»eher nein«/»nein«) würden knapp die Hälfte die Tonne trotzdem nutzen, wenn sie käme. Damit sind 75% dafür und ca. 90% würden die Tonne nutzen, wenn sie kommt. Die genannten Hauptgründe für die Gelbe Tonne waren die bequemere Entsorgung und das geringere Verkehrsaufkommen. Gegenargumente waren v. a., dass das

jetzige System gut sei und besseres Recycling ermögliche. Aufgrund der deutlich geänderten Stimmungslage ergab sich verständlicherweise die Grundsatzentscheidung im Kreistag.

Was ändert sich nun und wie sieht die Finanzierung aus? Bereits seit 1990 zahlen wir alle bei jedem Kauf von Produkten mit grünem Punkt die Kosten für deren Entsorgung durch das Duale System mit. So wurden bereits bisher nicht nur der Container und die Rücknahme der Container mit den Verkaufsverpackungen von den Wertstoffhöfen finanziert, sondern auch die Pacht für die Stellgebühr der Container auf den Wertstoffhöfen. Mit dem Holsystem entfällt dies jetzt und die Kosten für die Leerung der gelben Tonnen werden durch den Grünen Punkt finanziert. Damit entstehen **keine direkten Mehrkosten**, da auch die entsprechenden Container auf dem Wertstoffhof entfallen.

Bei genauerer Betrachtung erhält der Landkreis aktuell Mieteinnahmen durch die Verpachtung der Container-Stellplätze auf den Wertstoffhöfen vom Grünen Punkt. Diese Einnahmen von voraussichtlich 250.000 Euro jährlich ab Einführung (gem. des bereits beschlossenen, neuen Bundes-Verpackungsgesetzes gültig ab 1.1.2019) werden nun wegfallen, was aber lediglich ca. 2,5% der Müllgebühren ausmacht. Laut Aussage des Landratsamtes soll versucht werden, diesen Einnahmewegfall beim Betrieb der Wertstoffsammelstellen einzusparen. Sollte dies nicht vollständig gelingen, geht der nichtgedeckte Rest im Rahmen der jährlichen Schwankungen der unterschiedlichen Gebührenbestandteile unter, weshalb man die Gebühren nicht erhöhen wird. Die Reduktion der Öffnungszeiten auf den Wertstoffhöfen bei gleichzeitiger Verlängerung der Zeiten für die Berufstätigen war ebenfalls ein Ergebnis der Befragung.

Die aktuellen Öffnungszeiten der Wertstoffsammelstelle Mering (Hermann-Löns-Straße):

Montag/Dienstag: 15.00 – 19.00 Uhr
Freitag: 09.00 – 17.00 Uhr
Samstag: 09.00 – 16.00 Uhr

Gemeinsame Wertstoffsammelstelle im Landkreissüden

Die CSU Mering kämpft gemeinsam mit den CSU-Spitzen des südlichen Landkreises aus Kissing und Ried seit Herbst 2017 auch für eine andere Lösung, nämlich für eine gemeinsame Wertstoffsammelstelle. So könnte nach Vorschlag von der CSU z. B. die bestehende Kissinger Sammelstelle zu einer interkommunalen Einrichtung ausgebaut werden.

Ein Vorteil wären die deutlich geringeren Betriebskosten sowie die einheitliche Erweiterung des Angebots und der Öffnungszeiten. Daneben könnten noch weitere Problemstellungen gelöst werden, wie z. B. der starke Verkehr in der Hermann-Löns-Straße oder die beengten Platzverhältnisse auf der Wertstoffsammelstelle.

Zurück zur gelben Tonne – was ist da eigentlich drin? Verpackungen des grünen Punktes, also alle Plastiksorten sowie Aluminium und Blech, allerdings kein Papier und kein Glas. Es gibt sie voraussichtlich in den Größen 120 oder 240 Liter analog der Biotonne. Die Leerung findet alle 4 Wochen statt. Die genaue Variante und welche Container auf dem Wertstoffhof verbleiben, ist jedoch noch offen. Im kürzlich umgestellten Landkreis Günzburg werden die Container zur gelben Tonne auf den Wertstoffhöfen eingestellt. Was für uns bereits feststeht: sofern das Volumen nicht ausreicht, können zusätzliche Müllsäcke dazugestellt werden und diese werden mitgenommen.

Freuen wir uns auf weniger Müllbehälter im Haushalt, weniger Zeitbedarf und weniger Verkehr.

Claus-Michael Müller



CSU-Ortsvorsitzender und Zweiter Bürgermeister Florian A. Mayer (links) sowie Kreis- und Marktgemeinderat Karl-Heinz Brunner (rechts) bei einem Ortstermin mit Ignaz Steinhart auf der Meringer Wertstoffsammelstelle.

Kommunalwahlen 2020
 Neue Gesichter wollen junge Ideen einbringen



Silvia Braatz

34 Jahre, ledig
 Dipl.-Kauffrau und Dipl.-Volkswirtin
 Wohnhaft in Mering seit 1983, mit Unterbrechungen aufgrund von Studium und Beruf
 CSU-Mitglied seit 2003
 Vorstandsmitglied CSU Mering, CSU Kreisverband AIC-FDB, Vorstandsmitglied Frauen Union Mering, Frauen Union Kreisverband AIC-FDB, Frauen-Union Bezirk Schwaben, Vorstandsmitglied Tennis Club Mering

»Mein Ziel ist es, für unsere Gemeinde einen gesunden Ausgleich zu finden zwischen einer zukunftsgerichteten Entwicklung und der Bewahrung des lebenswerten Erscheinungsbildes von Mering.«



Sebastian Heiß

37 Jahre, verheiratet, 3 Kinder
 Gelernter Schreiner, derzeit Verkäufer im Einzelhandel
 Wohnhaft in Mering seit 2004
 CSU-Mitglied seit 2017
 Mitglied in der Kirchenverwaltung Mariä Himmelfahrt St. Afra

»Mein Ziel ist es, mich in unsere Gemeinde einzubringen und vor allem die Interessen des Ortsteil St. Afra zu vertreten und zu stärken, damit wir eine familienfreundliche und zukunftsorientierte Gemeinde bleiben.«



Einladung
 100 Jahre Bayern

- Vom Verfassungsstaat zum Freistaat
- Wie Bayern wurde, was es ist und was uns heute ausmacht
- Ursachen eines Phänomens

Freitag, 8. Juni 2018, 19.00 Uhr
 Michaelstuben, Meringerzeller Str. 2,
 86415 Mering

Referent:
 Thomas Weitzenfelder M.A.
 Nürnberg

Seminarleiter:
 Hans Joas

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. 1 Postfach 19 08 46 1
 80608 München
 Vorsitzende:
 Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
 Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

www.hss.de



CSU Mering
jetzt auch bei Facebook

Im Interview: Stefan Enzensberger

Marktgemeinderat , stellv. Fraktionsvorsitzender



SaW: Sie gehören nun seit vier Jahren dem Gemeinderat an. Was ist für Sie das Interessante an der Kommunalpolitik? Was hat Sie bewegt, aktiv zu werden?

Enzensberger: Ich denke, nur der, der etwas macht, hat auch die Chance, etwas zu bewegen. Man kann selber mitbestimmen, mitwirken und mitarbeiten bei Entscheidungen. Indem ich mich einbringe, kann ich auch etwas zurückgeben. Ich glaube, dass man eher mal Kritik äußern kann, wenn man mitten drin ist. Außerdem hoffe ich, andere dazu zu animieren, sich politisch zu betätigen.

SaW: Wie kann man sich die Arbeit eines Ratsmitglieds einer Gemeinde vorstellen?

Enzensberger: Am Anfang dachte ich, man kann die Welt verändern und verbessern. Da wird man schnell ein bisschen desillusioniert. Viele Dinge – wie z. B. Bauprojekte – gilt es nur verwaltungstechnisch abzusegnen. Interessanter ist es, wenn die Gemeinde Gestaltungsspielraum hat, wie zum Beispiel bei Bebauungsplänen, der Erstellung eines

Innenortkonzeptes oder bei Investitionen. Dann kann aus den Vorstellungen von Bürgermeister, Verwaltung und Gemeinderäten etwas Neues entstehen. Die Beschlussvorlagen stellen die Situation manchmal allerdings nur einseitig dar. Und leider wird es im Gemeinderat schon mal unsachlich. Das scheint dazugehören. Da ich ein sachlicher Typ bin, regt mich beides ganz schön auf.

SaW: Gibt es Themen, die Ihnen besonders wichtig sind?

Enzensberger: Mir liegt viel daran, Merings Charakter einerseits zu erhalten und andererseits weiterzuentwickeln. Dazu gehören für mich:

- Ein konstruktiver Umgang mit dem Siedlungsdruck, den die Lage Merings im Ballungsraum München/Augsburg mit sich bringt.
- Ein attraktiver Innenort.
- Mehr Lebensqualität schaffen.

SaW: Dann lassen Sie uns diese drei Punkte genauer besprechen. Wie sehen Sie das starke Wachstum von Mering?

Enzensberger: Mering ist in gut 10 Jahren fast 11% gewachsen und damit der am stärksten wachsende Ort im Landkreis. Die Kommune schafft es nicht, schnell genug eine neue Infrastruktur mit Schulen und Kindergärten zu bauen. Auch die Identität von Mering, wie wir sie kennen und lieben, leidet unter diesem schnellen Wachstum. Hier sollte die Gemeinde auch mal zu dem einen oder anderen Großprojekt »nein« oder einfach »kleiner« sagen.

SaW: Wie schätzen Sie die Lage des Ortszentrums ein?

Enzensberger: Das Sterben der Geschäfte im Zentrum verstärkt sich und bereitet mir Sorge. Die Vision 2025 kann eine neue Attraktivität erzeugen, sollte aber in beherrschbaren Dimensionen gedacht werden. Mindestens so wichtig ist es, die Münchner und Augsburgs Straße wieder attraktiver zu machen. Auch kulturell könnte hier einiges getan werden.

SaW: Und zum Schluss die Lebensqualität.

Enzensberger: Hierzu gehören lokale, gut bezahlte Arbeitsplätze, die wir hoffentlich im neuen Gewerbegebiet ansiedeln werden. Ausreichende Plätze in den Schulen und Kitas. Ein reichhaltiges Angebot für die Freizeit. Trotz des Siedlungsdrucks Platz für die unberührte Natur. Sicher auch mal die Bereitschaft von uns allen, zurückzustecken und auf gewohnten Komfort zu verzichten. Zum Beispiel auch mal zu Fuß zu gehen oder mit dem Fahrrad zu fahren.

SaW: Wenn Sie vom Fahrrad sprechen, dann tun Sie das mit Begeisterung. Ist Fahrradfahren ein Hobby von Ihnen?

Enzensberger: Ja, ich fahre leidenschaftlich gerne Mountainbike, wenn es die Zeit erlaubt. Auch nütze ich das Fahrrad häufig, um nach Augsburg zu meiner Arbeit zu fahren. Ich komme entspannt an und muss mich nicht um Verkehr und Parkplatz sorgen. Dabei brauche ich nur gute 30 Minuten mehr am Tag und habe meinen Sport schon erledigt.

Nun ist es endlich so weit: Baugebiet Oberfeld 1

Mehr als 20 Jahre mussten bauwillige Meringer auf einen gemeindlichen Bauplatz warten. Nur auf Druck der CSU und gegen massive Widerstände aus dem Lager des Meringer Bürgermeisters konnten im Rahmen des Baugebietes Oberfeld 1 etwa 50 Prozent der Fläche mit Unterstützung der Firma Michael Dumberger nun an eine weit mehr als 100 Bewerber umfassende Liste gemäß den vom Marktgemeinderat beschlossenen Kriterien vergeben

werden. So können etwas mehr als 20 Familien ein Eigenheim bauen und sich durch Eigenleistung eine Menge Geld sparen. Denn schließlich ist Mering ein beliebter Wohnort, was sich auch auf die Grundstückspreise auswirkt. 440 Euro kostet ein Quadratmeter Bauland am Oberfeld 1. Dafür sind die Bauherren hier völlig frei und müssen kein Haus von der Stange eines Bauträgers erwerben. Wir freuen uns mit den glücklichen Familien.

